



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/191

Bonn, den 18. August 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Vertriebenen-Organisationen und Überparteilichkeit	S. 1
FDJ - Intermezzo in Innsbruck	S. 3
Verschwörung des Schweigens Zur Berichterstattung über die Berlin-Rede Dr. Schumachers	S. 5

Q u o v a d i s , K a t h e r ?

Von Wenzel Jaksch, M.d.B.

Die Münchener Vereinbarung über die Schaffung einer Einheitsorganisation aller Heimatvertriebenen, die den Namen "Band der vertriebenen Deutschen" führen soll, verdient ernste Beachtung. Der "fünfte Stand" ringt noch immer um seinen Platz unter den großen Kräftegruppen der Bundesrepublik. Dahin sind die Zeiten, da auch die westlichen Besatzungsmächte glaubten, durch ein Organisationsverbot eine Art Zwangseingliederung der Vertriebenen dekretieren zu können.

Die in Westdeutschland längst errungene Anerkennung der Daseinsberechtigung selbständiger Zusammenschlüsse der Vertriebenen enthebt gerade ihre Freunde nicht der Pflicht, die Vergeudung von Kräften, Mitteln und nicht zuletzt der idealistischen Opferwilligkeit der Ärmsten zu beklagen, welche auf diesem Gebiete herrscht. Der Konkurrenzkampf der Regionalverbände mit den einzelnen Landsmannschaften hat bislang Energien aufgezehrt, deren Nutzung einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Es lag daher im Interesse der Vertriebenen selbst, daß dem Durcheinander- und Gegeneinanderorganisieren in ihrem Interessenbereich endlich eine Schranke gesetzt werde. Insofern ist es auch als ein Schritt zu einer Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte sozial schwacher Menschen zu begrüßen, wenn sich der Zentralverband der vertriebenen Deutschen (Z.v.D.) in München mit den Landsmannschaften

der Schlesier, der Sudetendeutschen und der Brandenburger über die Schaffung einer Dachorganisation mit entsprechender Arbeitsteilung verständigt hat.

Je umfassender der Wirkungskreis einer Organisation, desto größer ihre Verpflichtung zu sachlicher Leistung. Darum ist die Frage berechtigt, wofür die großen Vertriebenen-Organisationen zusammengeschlossen werden sollen, in wessen Diensten und mit welchen letzten Zielsetzungen. Die Lebensfragen von neun Millionen Heimatvertriebenen und Ostzonenflüchtlingen pochen an die Tore der unschlüssigen und im Hader um Detailfragen festgeranntes Bundesministerien in Bonn. Der Sonne-Plan liegt seit März d.J. in bundesministeriellen Schubladen, die Hoffnungen auf eine Vorfinanzierung des Lastenausgleichs schwinden dahin, die Leistungskraft des Bundes soll durch Erhöhung der Besatzungskosten und durch die Kosten der deutschen Wiederbewaffnung auf Jahre hinaus mit Beschlag belegt werden, ohne daß der Aufwand der Bundesrepublik für die Vertriebenen als ein entscheidender Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung anerkannt wird.

Es heißt eine Vogel Strauß-Politik betreiben, wenn sich in dieser Situation Herr Linus Kather und die Sprecher der großen Landsmannschaften seit Monaten mit Organisationsfragen befassen, als ob die Vertriebenen-Verbände Selbstzweck oder bestenfalls Mittel zum Zwecke persönlicher Machtpolitik wären. Glaukt man, der wachsenden sozialen Unrast in den Reihen des "fünften Standes" dadurch begegnen zu können, indem man ein Führungsmonopol der Rechten über die Flüchtlingsmassen zu verwirklichen sucht? Den eilfertigen Versicherungen hinsichtlich der Überparteilichkeit der neuen Dachorganisation muß man doch die Wahrheit entgegenhalten, daß das geplante Präsidium des "Bund der vertriebenen Deutschen", nämlich Herr Linus K a t h e r , der Vorsitzende der schlesischen Landsmannschaft Dr. R i n k e und der Sprecher der Landsmannschaft der Brandenburger von K e u d e l l durchweg der CDU angehören. Der Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft, von L o d g m a n , steht noch rechts von der CDU. Es gehört ganz zu dieser Vorstellung von "Überparteilichkeit" der angestrebten Einheitsorganisation der Vertriebenen, daß Sozialdemokraten bestenfalls als kleine Gebietsfunktionäre in Betracht kämen, aber von jeder repräsentativen

Mitwirkung ausgeschlossen wären. Angesichts der Leistungen eines Heinrich Albertz oder eines Richard Reitzner für ihre ostdeutschen und sudetendeutschen Schicksalsgefährten kann man über einen solchen Versuch menschlicher und sachlicher Diskriminierung sozialistischer Flüchtlingsvertreter nur den Kopf schütteln.

Wenn nicht vor der Konstituierung des "Bund der vertriebenen Deutschen" noch die grundlegenden Voraussetzungen einer echten Überparteilichkeit geschaffen werden, ist es klar, worum es Herrn Kather bei dieser Reorganisation geht: Um eine parteitaktische Stützungsorganisation gegenüber der Bonner Rechtskoalition und um den Versuch, SPD und BHE von der Mitbestimmung bei der Führung der Einheitsorganisation der Vertriebenen auszuschalten.

+ + +

Eins zu Null für Donally

F.-Innsbruck, Mitte August

Mehrere hundert britischer und französischer Jungkommunisten reisten aus der Schweiz und aus Italien in Österreich ein und beabsichtigten über Wien nach Berlin weiterzufahren. Da sie sich den österreichischen Grenzern mit ordentlichen Pässen auswiesen, wurden ihnen keine Schwierigkeiten bereitet. An der französisch-amerikanischen Zonengrenze jedoch schalteten sich die Amerikaner ein und verlangten von ihnen die berüchtigte "graue Karte", ohne die nach Beschluß der Alliierten kein Franzose, Brite oder Amerikaner in die russische Zone einreisen darf. Die jungen Leute hatten offenbar eine Zusicherung der Russen, aber keine graue Karte. Mit Vergnügen ergriffen die Amerikaner die Gelegenheit, um den Kommunisten einen Streich zu spielen: Sie sperrten die Zonengrenze und hießen die Ostberlin-Fahrer zurückkehren. Diese veranstalteten darauf in Innsbruck eine Demonstration und betrachteten sich im übrigen als Gäste der Stadt, zumal die zuständigen französischen Behörden so klug waren, zu erklären, sie seien nicht in der Lage, die Unterbringung der kommunistischen Gruppen sicherzustellen. Die Stadt Innsbruck schwitzte darauf etwa 10000 M für die Bewirtung und Unterbringung aus, denn die "Gäste" erklärten, sie hätten kein Geld. An Sonderzügen für die Heimreise nach dem Westen zeigten die Jungkommunisten kein Interesse. Einige gelangten auf Schleichwegen nach Wien und sangen dort ein

Hohes Lied auf die österreichische Gastfreundschaft. Andere fanden Privatquartiere bei einheimischen Kommunisten. Bis zuletzt eine österreichische KP-Delegation sehr segensreich wirkte, denn von Stund' an hatten die jungen Gäste - Geld. Der Innsbrucker Stadtrat atmete auf und beschloß, kein Essen mehr auszugeben. Er hofft, daß der Wirbel zu Ende ist.

Für ihn. Nicht für den Bundeskanzler, nicht für die Regierung. Natürlich hätten die Behörden die Kommunisten per Schub entfernen können. Aber diese jungen Franzosen und Engländer waren ja mit gültigen Ausweisen eingereist. Und die Kontrolle, ob die Reisenden die graue Karte haben oder nicht haben, steht den Österreichern nicht zu. Also machten sie freundliche Mienen. Nicht einmal die KP fand Anlaß zur Beschwerde; ein Brief an den Kanzler fand freundliche Antwort: Die KP wisse, daß es seit eh und je das Bestreben der österreichischen Regierung sei, "beim Alliierten Rat eine Beseitigung aller die Souveränität Österreichs beschränkenden Maßnahmen zu erreichen". (Wer sich diesem Bestreben widersetzte, waren die Sowjets). Und der Bundeskanzler versicherte, sie werde weiter bemüht sein, ... und hofft, daß auch das Zentralkomitee der KP die Bundesregierung "bei den Besatzungsmächten" unterstützen werde. Das war ein Wort an die rechte Adresse. Sehr witzig schrieb auch der amerikanische Hochkommissar Donelly dem russischen Hochkommissar, der ihm eine Botschaft die Innsbrucker Gäste betreffend, übermittelt hatte: "Sie können, lieber General Swiridow, versichert sein, daß mir die Notwendigkeit der grauen Ausweiskarten ebenso zuwider ist wie Ihnen". Aber Ausnahmen könnten nicht gemacht werden. "Sollten Sie", fährt Donelly fort, "bereit sein, die Ausweisleistung mittels der grauen Karten vollkommen aufzuheben, dann würde ich mit großer Freude zustimmen..."

Dort ging es also nur um die graue Karte, die die Österreicher nicht interessiert, die Österreicher, die vielmehr darauf warten, daß von den Alliierten das Versprechen der Errichtung eines freien und unabhängigen Österreich endlich einmal verwirklicht wird.

+ + +

Verschwörung des Schweigens

(sp) Die Berichterstattung über die große Kundgebung Dr. Schumachers von dem Berliner Frankfurter am vergangenen Freitag ist von der Mehrzahl der sogenannten unparteiischen oder überparteilichen Zeitungen auffallend kümmerlich gewesen, während die Ausführungen des Ministers Kaiser und des amerikanischen Hochkommissars MacCloy einen unverhältnismäßig breiten Raum in den Wochenend-Ausgaben der großen Zeitungen des Bundesgebietes einnahmen.

Zu einem gewissen Teil mag das an dem relativ frühen Redaktionsschluß gerade dieser Ausgaben liegen, aber nur zum Teil. Vor allem fällt auf, daß fast überall Hinweise auf die krass-unterschiedliche Bedeutung und Größe der verschiedenen Veranstaltungen fehlen. Schumacher sprach vor einer nach Zehntausenden zählenden Menge, Kaiser und MacCloy in geschlossenen Räumen vor ca. 350 bzw. 650 Menschen. Ein Agenturbericht wußte von 25000 Menschen bei der Schumacher-Kundgebung zu berichten. Die Polizei schätzte die Zahl am Beginn der Veranstaltung gegen 17 Uhr auf 50-60000. Durch dauernden starken Zustrom erhöhte sie sich auf 80-100000 und einwandfrei ist festgestellt worden, daß sich schließlich unter dieser Menge 20-30000 FDJ-ler befanden.

Auch fand sich in den Berichten kein Wort über stimmungsmäßig so wesentliche und charakteristische Tatsachen wie die, daß Schumacher gerade von den Gruppen der FDJ-ler immer wieder begeistert begrüßt wurde, daß man um seinen Weg zur Rednertribüne Spalier bildete und es zu einem stürmischen Gedränge kam, dessen aus dem Augenblick geborener, herzlicher Charakter gar nicht zu übersehen war.

Fast möchte man angesichts einer Berichterstattung, die alle diese Dinge unerwähnt ließ, von einer Art "Verschwörung des Schweigens" sprechen. Ein recht unfaires Verfahren, das sich aus dem Mißvergnügen über solche Tatsachen freilich leicht erklären läßt.

Verantwortlich: Peter Raunau